

„Education, Education, Education!“

PETER GLOTZ ERÖFFNETE DIE BILDUNGSINITIATIVE - UND GING MIT DER POLITIK HART INS GERICHT

„Man kann über alles reden, aber nicht über 45 Minuten.“ An diese alte Regel hielt sich Peter Glotz bei der Eröffnung der Bildungsinitiative der SPD-Fraktion exakt. Der Professor, der seinerzeit durch seinen überstürzten Abgang als Rektor von der Uni Erfurt von sich Reden machte und der jetzt an der Universität St. Gallen lehrt, machte seinem Ruf als brillianter Redner wieder einmal alle Ehre. In seinem originellen Vortrag, der mit allerlei Anglizismen und Anekdoten gewürzt war, spannte Glotz den Bogen von der heutigen Bildungspolitik bis hin zu den Chancen und Risiken der sogenannten Wissensgesellschaft.

Um diesen Begriff, den Glotz nach eigener Aussage nicht ohne Bauchschmerzen benutzt - lieber sei ihm digitaler Kapitalismus - rankte sich der gesamte Vortrag im gut gefüllten Saal des Augustinerklosters. Gemeint ist der Teil der Bevölkerung der im weitesten Sinne mit Wissen arbeitet, der also keine Autos baut oder Brötchen backt, sondern der Wissen beim Arbeiten verwertet. Laut Glotz sind das weltweit mittlerweile mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung.

Macht das deutsche Bildungswesen die Deutschen fit für diese immense Aufgabe, der sich die Mehrzahl der Menschen wohl oder übel in Zukunft stellen muss? Eher nein, meint Glotz, und wies auf das antiquierte deutsche Universitätssystem; eine kaum stattfindende Förderung von Eliten und eine permanente Abwanderung von Spitzenkräften aus Forschung und Lehre in den außereuropäischen Raum, wo eine weitaus innovativere At-



Dr. Peter Glotz (links) und Heiko Gentzel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.

mosphäre herrsche, was die Arbeit mit dem Kopf angeht. Dass die Universitäten in Deutschland stetig an Bedeutung verlieren würden, sei schon jetzt ein Standortnachteil, der von der Politik grob unterschätzt werde. Es sei nötig, in Europa Wissenszentren zu etablieren, die mit den Eliteuniversitäten in USA und England mithalten könnten. Deutschland habe den Anschluss hier fast verpasst.

„Bildungspolitik muss wieder ein vorrangiges Politikfeld werden“, sagte Glotz an die Adresse der Politiker, machte aber gleichzeitig deutlich, dass die Hoffnung auf ein Umdenken bei den Politikern, was die bisherige Bildungspolitik angeht, gering ist. „Education, Educati-

on, Education!“ („Bildung, Bildung, Bildung!“) - dies war die Antwort des englischen Premiers Blair auf die Frage von Journalisten, was er sich für sein Volk wünsche. Mit diesem Zitat hatte Glotz seinen Vortrag begonnen - dass mehr „Education“ in Bildungsfragen auch deutschen Politikern auf allen Ebenen gut tun würde, daran ließ Glotz keinen Zweifel.

Nicht weniger kritisch äußerte sich SPD-Landesvorsitzender Christoph Matschie in seiner Eröffnungsrede. Er kündigte für die Sozialdemokraten an, im Rahmen der Bildungsinitiative nicht nur Politiker, sondern auch Lehrer, Kinder und deren Eltern zu befragen.

AKTUELL

Volksbegehren:
SPD-Fraktion gibt
Gutachten in Auftrag

Seite 2

EINBLICK

Günter Pohl - ein
Feuerwehrmann aus
Passion

Seite 3



SPD
THÜRINGEN
LANDTAGSFRAKTION

Wo steht der Osten?

Je nach politischer Wetterlage wird die wirtschaftliche Leistungserwartung und Leistungsfähigkeit der neuen Bundesländer mal rauf- und mal runtergeredet. Unbestritten ist, dass der Strukturwandel im Osten noch längst nicht abgeschlossen ist. Der Aufholprozess ist ins Stocken geraten. Neben dem Aufbau eines modernen Kapitalstocks gehört die Anpassung der Wirtschaftsstruktur an die Bedingungen internationaler Arbeitsteilung zu den Herausforderungen für die ostdeutsche Wirtschaft.

Unbestritten ist auch, dass die Industrie sich mittlerweile zum bestimmenden Leistungsträger entwickelt hat und in den letzten Jahren zweistellige Zuwachsraten verzeichnet. Auch im Export. Die Industrie hat die Bauindustrie und die baunahen Wirtschaftszweige im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor abgelöst. Dieser Prozess - so schmerzhaft er auch ist - wird weitergehen.

Augenfälligstes Problem des wirtschaftlichen Umbaus im Osten bleibt die hohe Arbeitslosigkeit, die - sonderbarerweise - mit einem von zahlreichen Unternehmen signalisierten Arbeitskräftemangel einhergeht. Ein Großteil der Thüringer Unternehmen, die auf der Hannovermesse ausgestellt haben, sehen deshalb nicht in ihren Geschäftserwartungen das eigentliche Problem. Unbestritten sind - im Gegensatz zur haushaltsnahen Infrastruktur - Defizite im Osten bei Verkehrsinfrastruktur und bei den kommunalen Gemeinschaftsdiensten wie bei Wasser- und Energieversorgung und Entsorgungsdiensten.

Unbestritten ist letztlich, dass unsere Unternehmensstruktur von kleinen und jungen Firmen geprägt ist, die gemeinsam mit ihren Mitarbeitern in den letzten Jahren eine ungeheure Aufbauarbeit leisten mussten und geleistet haben. Gegen gefestigte Machtstrukturen und gegen Finanzierungs- und Liquiditätsschwierigkeiten, wie sie bei einer geringen Kapitalausstattung nun mal eintreten müssen.

Vorsichtiger Optimismus ist angebracht und auch gerechtfertigt bei Hilfe durch Bund und Länder und einer effizienten Wirtschaftsförderung durch die Länder. Und noch etwas ist angebracht: Geduld.

Frieder Lippmann
wirtschaftspolitischer Sprecher SPD-Fraktion

Per Boten zum Verfassungsgericht

LANDESREGIERUNG KLAGT GEGEN „MEHR DEMOKRATIE“



Mehr als 360.000 Unterschriften haben die Initiatoren des Volksbegehrens in Thüringen gesammelt.

Wie geht es weiter mit dem Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“? Per Boten und noch am selben Tag liess die Landesregierung während des Plenums Anfang April ihre Klage gegen das Volksbegehren zum Verfassungsgericht nach Weimar bringen. Thüringens höchstes Gericht soll nun klären, wie es um die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzentwurfes der Thüringer Bürgerinitiative unter dem Eisenacher Pfarrer Ralf-Uwe Beck bestellt ist.

Dies wird die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag nicht tatenlos hinnehmen. Nachdem sich die Landesregierung im Vorfeld ihrer Klage immer wieder auf die - aus Sicht der Bürgerinitiative - negativen Rechtsgutachten zweier anerkannter Rechtsexperten berufen hatte, wollen es die Sozialdemokraten nun ebenfalls wissen. Sie beauftragten den Leipziger Verfassungsrechtler Prof. Dr. Christoph Degenhart, den Gesetzentwurf ebenfalls darauf zu überprüfen, ob er mit der Thüringer Verfassung konform geht oder nicht. Denn, so betonte Heiko Gentzel, Chef der SPD-Fraktion, wiederholt: „Bei den Rechtsgutachten, die von der Landesregierung in Auftrag gegeben wurden, handelt es sich lediglich um zwei Rechtsauffassungen von mehreren möglichen. Wir stehen zum Volksbegehren.“ Fürs erste forderten die Sozialdemokraten deshalb von der Landesregierung Einsicht in die von ihr in Auftrag gegebenen Gutachten nehmen zu können. Sie wurden der Fraktion erst nach intensiver, wochenlanger Nachfrage zugeschickt. Einen

ebenso harten Kurs vertrat die mit absoluter Mehrheit im Landtag regierende CDU auch bei der Plenardebatte über das Volksbegehren. Ralf Uwe-Beck, der Vater des Volksbegehrens, sah sich auf der Gästetribüne mit harschen Vorwürfen konfrontiert: Beispielsweise bringe das Volksbegehren die parlamentarische Demokratie in Gefahr. Denn: Wenn für ein erfolgreiches Volksbegehren statt bislang 14 nur noch fünf Prozent der Stimmberechtigten ihre Stimme abgeben müssten, dann öffne dies auch radikalen Minderheiten Tür und Tor. CDU-Fraktionschef Dieter Althaus berief sich in seiner Rede auf den Vorrang der mittelbaren, durch gewählte Volksvertreter ausgeübten Demokratie. Neben der Fünf-Prozent-Hürde kritisierte Althaus auch, dass nach dem Willen der Bürgerinitiative künftig Volksbegehren mit Auswirkungen auf den Landeshaushalt möglich sein sollen.

Dies will Ralf-Uwe Beck so nicht hinnehmen. Mit 363123 Unterschriften sei das Volksbegehren die erfolgreichste freie Unterschriftensammlung zu solch einem Vorhaben in der deutschen Geschichte, heißt es in einer Erklärung der Bürgerinitiative. 18,34 Prozent der Thüringer Wahlbevölkerung wünschten danach einfachere Verfahrensregeln für Volksbegehren und Volksentscheide in Thüringen. Dies sei ein Fakt, den die Regierung nicht einfach so vom Tisch wischen könne, so Beck.

Zwischenzeitlich hat die CDU eingelenkt: Ende April wurde bekannt, dass sie eine Absenkung der Hürden von jetzt 14 auf 10 Prozent für möglich hält.

Brennende Häuser sind die Ausnahme

GÜNTER POHL IST MITGLIED DER FREIWILLIGEN FEUERWEHR

Beantworten Sie folgende Fragen: Wie viele Brände haben Sie gelöscht, wie viele Sandsäcke bei Hochwasser gestapelt, wie viele Verletzte mit der Rettungsschere aus Autowracks befreit? Daran kann sich Günter Pohl natürlich nicht genau erinnern. 30 Jahre sind schließlich eine lange Zeit. Seit 1962 ist der SPD-Landtagsabgeordnete Mitglied im Feuerwehrverein Leimbach. Aktiv mitmachen kann Pohl allerdings nicht mehr. Der lapidare Grund: Ab dem einundsechzigsten Lebensjahr dürfen Feuerwehrmänner nur noch als passive Mitglieder im Verein mittun.

Als der Diplom-Handelslehrer 1962 eine Stelle an einer Berufsschule in Hildburghausen antrat, wurde er von einem Kollegen angesprochen, ob er nicht Lust habe, bei der Freiwilligen Feuerwehr einzusteigen. Gerne sagte er zu, durchlief etliche Dienststufen in der Ausbildung und brachte es bis zum stellvertretenden Wehrleiter.

„Wenn ich zu einer Sache einmal ja gesagt habe, dann mache ich das auch richtig“, sagt der heute 63-jährige. Zwar ist seine Zeit seit 1990 - seitdem ist er Mitglied im Thüringer Landtag - knapp, trotzdem versucht er sich auch weiterhin mit Elan zu engagieren. So ist er als Ehrenmitglied des Kreisfeuerwehrverbandes Bad Salzungen vor allem in der Jugendarbeit aktiv.

Eine besondere Rolle spielt für Pohl die Gemeinschaft, das Zusammensein mit Gleichgesinnten bei seinem Engagement in seinem Leimbacher Verein. „Zum Glück gibt es in der 1900-Seelen-Gemeinde nicht allzu viel zu tun - brennende Häuser und schwere Unfälle sind die Ausnahme“, sagt Pohl. Aber ein Feuerwehrverein hat ja auch noch andere Funktionen. Zum Beispiel die, übers Jahr verteilt Feste für Jung und Alt im Dorf zu organisieren. Günter Pohl ist hier gar nicht etepetete: Auch Feiern ist für Pohl Vereinsarbeit. Da kommt ihm zugute, dass er gerne mal mit Freunden „einen heben“ geht und von Zeit zu Zeit auch mal einen ordentlichen Skat kloppt.



Günter Pohl 1971 in Feuerwehruniform.

Kurz: Er hat eine enge Bindung zu seinem Dorf und den Menschen, die dort leben.

Günter Pohl betont gerne, dass ihm sein Interesse für die Arbeit und Organisation der Feuerwehr zugute kam, als er im Juni 1990 Dezernatsleiter für „Inneres“ im Landratsamt Bad Salzungen wurde. Hier konnte er seine Kenntnisse über die Struktur der Feuerwehr nutzen. Nein, nicht um politische Brände zu löschen, aber, um sich in die Strukturen anderer Bereiche der Innenpolitik hineinzufinden. Heute ist er im Innenausschuss des Landtages für die SPD Fachmann für Fragen der Polizei und der Bundeswehr. Übrigens erinnert sich Günter Pohl besonders gern an seine Einsätze bei Hochwasser. Zumindest unter diesem Aspekt wäre ein Platz im alten Bundestag - Stichwort Schürmannbau - sinnvoll gewesen. Immerhin stand der ständig unter Wasser...

Behindertenrecht: Thüringen will gegen Neuregelung stimmen

Verfehlte Sozialpolitik, geprägt von Fundamentalopposition gegen die rot-grüne Bundesregierung, wirft SPD-Sozialpolitikerin Rosemarie Bechthum der Thüringer Landesregierung vor. Sozialstaatssekretär Maaßen hatte angekündigt, dass der Freisstaat im Bundesrat gegen die Neuregelungen im Behindertenrecht stimmen werde. Mit der Novellierung des Sozialgesetzbuches zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen will die Bundesregierung unter anderem die Gebärdensprache anerkennen, einen Rechtsanspruch auf Gebärdendolmetscher sichern und die Möglichkeiten der Arbeitsassistenz ausbauen. Der Anspruch von Menschen mit einer Behinderung auf Unterstützung und Solidarität als selbstverständliches Bürgerrecht soll umgesetzt werden.

Die behindertenpolitische Sprecherin, Bechthum, fordert die CDU-Landesregierung auf, sich den Verbesserungen im Behindertenrecht nicht weiter zu verweigern und verweist auf die CDU-Bundestagsfraktion, die in Berlin konstruktiv am Gesetz mitarbeite.

Beck und Birkmann diskutieren beim Tag der offenen Tür

Spannend und informativ verspricht eine Diskussionsrunde mit prominenten Gästen zum Landtagsfest am 16. Juni zu werden. Über das Thema „Sind mündige Bürger erwünscht? - Mehr Demokratie für Thüringer“ diskutieren: Ralf-Uwe Beck, Initiator von „Mehr Demokratie in Thüringen“, Christoph Matschie, Bundestagsabgeordneter und SPD-Landesvorsitzender, Dr. Birgit Bauer, Thüringer Landesfrauenbeauftragte, Dr. Andreas Birkmann, Thüringer Justizminister und Volker Schemmel, SPD-Landtagsabgeordneter.

Die SPD-Fraktion lädt außerdem ein zur Märchenstunde für Kinder (Abgeordnete lesen Märchen von Janosch) und zu einer Diskussionsrunde für Kinder mit Abgeordneten der SPD-Fraktion. Thema ist „Macht Politik Spaß?“.

Alarmsignal: Unterricht an den Berufsschulen fällt oft aus

Auf die dramatische Situation an den Berufsschulen in Thüringen und den massiven Unterrichtsausfall wegen fehlender Lehrkräfte macht die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Birgit Pelke, aufmerksam und fordert Kultusminister Michael Krapp auf, schnellstens Maßnahmen dagegen einzuleiten. Beruflich qualifizierte Seiteneinsteiger sollten als Berufsschullehrer gewonnen und weitergebildet werden. Außerdem sei nicht einzusehen, dass lediglich Gymnasiallehrern Stellen an Berufsschulen angeboten würden. „Weshalb werden nicht auch Regelschul- und Grundschullehrern Qualifizierungsangebote und Einsatzmöglichkeiten eröffnet?“, fragt Pelke. Zudem könnten erfahrenen Facharbeitern, Meistern und Ingenieuren, Ärzten und Selbstständigen aus vielen Berufsfel-

dern unbürokratisch haupt- oder nebenberufliche Angebote unterbreitet werden. Kultusminister Krapp soll in enger Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden, Kammern und Arbeitsämtern sowie weiteren Ministerien nach Lösungen suchen, um die Ausbildung an den Berufsschulen mit einem vollen Unterrichtsangebot zu sichern. „Es ist schlimm genug, dass junge flexible Bewerber um Ausbildungsplätze aus Thüringen abwandern. Um so wichtiger ist es, dass denjenigen, die in Thüringen einen Ausbildungsplatz haben, ein uneingeschränkter und qualitativ hochwertiger Berufsschulunterricht angeboten wird“, so Pelke. Besonders in den Fachrichtungen Wirtschaft/Verwaltung und Informatik könne dem Einstellungsbedarf aus Mangel an Bewerbern nicht ausreichend entsprochen werden.

... ACH WAS...

Big Brother Trautvetter?

Da hat Thüringens Finanzminister Andreas Trautvetter (CDU) den Mund wohl ein wenig zu voll genommen. „Ich stelle denen gern ein paar Container daneben“, sagte Trautvetter vollmundig in Richtung Opposition, die am Rande der Grundsteinlegung für den neuen Plenarsaal ihre Kritik am Bau des „Prestigeprojektes“ wiederholt hatte. Vogels Ziehsohn schien vor lauter Feierlaune vergessen zu haben, dass in Thüringen in nicht allzu ferner Zukunft Wahlen stattfinden, an denen nicht einmal die allmächtige CDU rütern kann. Gut möglich, dass danach die Christdemokraten im Container sitzen - inklusive Andreas Trautvetter.

2000 Proteste blieben nicht ohne Wirkung

GIPSABBAU IM SÜDHARZ RUFT BÜRGER AUF DEN PLAN

Kann man eine Landschaft industriell nutzen und gleichzeitig dafür sorgen, dass Flora und Fauna ohne großen zeitlichen Verzug renaturiert werden? Die Ellricher Gipswerke, die seit Jahren am Rüsselsee bei Nordhausen im Südharz Gipsabbau betreiben, tun dies mit Erfolg. Jeder Quadratmeter Boden, der während des Gipsabbaus bewegt wird, findet nach relativ kurzer Zeit wieder Verwendung - wird so zur Lebensgrundlage für Pflanzen und Tiere, die sich in dem Gebiet mit Hilfe des Menschen wieder ansiedeln. Der Besuch im Ellricher Gipswerk war ein Schwerpunkt einer Bereisung des Gipsabbaugebietes im Südharz, die die Mitglieder des Arbeitskreises Umwelt von SPD und PDS im Landtag kurz vor Ostern unternahmen. Das Modellprojekt, das ohne den Druck einer örtlichen Bürgerinitiative und der Kommune nicht zustande gekommen wäre, zeigt nach Ansicht von Dagmar Becker, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, beispielhaft, dass Renaturierung gelingen kann. Einen ganz anderen Ansatz verfolgen die Bürger in der nahen Rüd-

igsdorfer Schweiz. Hier soll es gar nicht zum Abbau von Gips kommen - obwohl den Behörden bereits zahlreiche Anträge von potentiellen Interessenten vorliegen. Mehr als 2000 Proteste von Bürgern sind im Laufe des Raumordnungsverfahrens beim Landesverwaltungsamt in Weimar eingegangen - die Chancen stehen nicht schlecht, dass ein Großteil der Anträge auf Abbau von Gips abgelehnt wird. Nach Ansicht von Dagmar Becker ist dies ein beeindruckender Beweis dafür, was engagierte Bürger bewegen können, wenn sie sich nur gemeinsam für eine Idee stark machen. Wie die Menschen vor Ort wollen auch die Umweltpolitiker darauf aufmerksam machen, welche große Bedeutung das Gebiet für die Entwicklung des Tourismus als Wirtschaftszweig in der Region hat.

Naturnah war übrigens auch das Essen, das die Abgeordneten nach absolvierter Wanderung zu sich nahmen: Seit Jahren betreibt die Agrargenossenschaft in Harzungen erfolgreich eine Landschlachtereier. Wer wandert, verbraucht schließlich eine Menge Kalorien.

www.spd-thl.de

Dr. Christian Koth referiert

Der offene Arbeitskreis Umwelt und Landwirtschaft trifft sich am Dienstag, 5. Juni, 18 Uhr in Raum 410 im Landtagsgebäude zu seiner nächsten Sitzung. Im Mittelpunkt steht das Thema Verbraucherschutz. Referent ist Dr. Christian Koth, neuer Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Thüringen. Interessierte sollen sich kurz im Fraktionssekretariat (Tel. 0361/3772336 oder 3772376) melden, da es noch keinen festen Teilnehmerkreis gibt und Planungen für die nächsten Zusammenkünfte nötig sind. Gäste, die von weither kommen, haben die Möglichkeit, ihre Fahrtkosten über die Fraktion abzurechnen.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt, Tel.: 0361/377 2336, Fax: 0361/377 2417, Internet: www.spd-thl.de. **V.i.S.d.P.:** Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer. **Layout/ Satz:** malewski. **Druck:** Druckerei Jäcklein, Erfurt.

Redaktionsschluss: 10.05.2001

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 12.000 Exemplaren.